



Vorlage VA_42/2013
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 25.11.2013

mit 2 Anlagen

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

Haushaltsplan 2014 und Finanzplanung 2013 bis 2017 - zusammenfassende Vorberatung -

1. Verfahren

Der Verwaltungsausschuss ist - wie in den Vorjahren - bereits im Vorfeld des Haushaltsplanentwurfs regelmäßig über die finanzielle Situation des Landkreises informiert worden. Dies erfolgte unter anderem in den Sitzungen am 08.04.2013, 05.07.2013 und 14.10.2013 im Rahmen der Beratungen zum Handlungskonzept 2014, zum Finanzzwischenbericht 2013 und zum Jahresabschluss 2012.

Nachdem der Haushaltsplanentwurf 2014 mit der Finanzplanung und dem Investitionsprogramm 2013 bis 2017 (Vorlage KT 28/2013) im Kreistag am 18.10.2013 eingebracht wurde, haben die Ausschüsse den Entwurf des Haushaltsplans 2014 vorberaten.

2. Stellenplan

Der Stellenplan (Vorlage VA_33/2013) wurde am 04.11.2013 im Verwaltungsausschuss eingebracht. Er ist in der heutigen nicht öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses weiter zu beraten.

3. Verwaltungsausschuss am 04.11.2013, 1. Lesung

Der Verwaltungsausschuss wurde über die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen, insbesondere über die Auswirkung der am 18.10.2013 beschlossenen Abfallwirtschaftssatzung, informiert. Durch die Entlastung der Abfallgebühren von rund 0,5 Mio. € war die Entnahme aus der Überschussrückstellung entsprechend anzuheben. Dies wirkt sich im Finanzhaushalt belastend aus. Der Ausschuss wurde über vorliegende Anträge der Jugendhilfe Hochdorf, von pro familia und vom Kreisdiakonieverband für das Projekt „Wellcome“ sowie

den Antrag des Vereins Frauen für Frauen zum Thema „Essstörungen“ (JHA 11/2013) informiert. Ferner wurde auf Vorschläge der Verwaltung zur Harmonisierung der Kostenbeiträge in der Kindertagespflege hingewiesen (JHA 12/2013), über die noch im Jugendhilfeausschuss zu beraten war. Weitere Anträge lagen noch von der SPD-Kreistagsfraktion auf eine zusätzliche Stelle für den Pflegekinderdienst und auf Anhebung des Kostenanteils des Landkreises am Scool-Abo vor. Die Gruppe DIE LINKE hatte die Einführung einer Bonuskarte für den ÖPNV beantragt. In der Deckungsreserve sind noch Mittel zur Fortsetzung der Investitionsförderung beim Rettungsdienstwesen, für Brandschutzmaßnahmen bei den Kleeblatt-Pflegeheimen sowie für ein Klimaschutzkonzept (TA 7/2013) vorgesehen, über die ebenfalls in den Fachausschüssen noch zu entscheiden war.

Der Haushaltsplanentwurf 2014 mit seinem im Vergleich zu den Nachbarlandkreisen günstigen Kreisumlagehebesatz von 32 %-Punkten wurde vom Verwaltungsausschuss durchweg positiv beurteilt.

Der Verwaltungsausschuss hat den Haushaltsplanentwurf 2014 zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

4. Jugendhilfeausschuss am 06.11.2013

Der Jugendhilfeausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er empfahl dem Verwaltungsausschuss und dem Kreistag einstimmig, der Evangelischen Jugendhilfe Hochdorf für die Fachstelle Stellwerk für drei Jahre bis zu 33.000 € jährlich zur Verfügung zu stellen. Über die Frage der Dynamisierung soll in der Arbeitstagung im kommenden Frühjahr beraten werden. Eine ebenfalls einstimmige Empfehlung gab es für das Projekt „Wellcome“ der Kreisdiakonie. Hier soll 2014 neben der Weiterleitung des Bundeszuschusses der verbleibende Abmangel von 7.355 € vom Landkreis übernommen werden. Die Gewährung von zusätzlich 16.000 € für pro familia für sexualpädagogische Präventionsarbeit sowie die Bereitstellung von 170.000 € zur Harmonisierung der Kostenbeiträge in der Kindertagespflege wurden ebenfalls einstimmig empfohlen. Der Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung einer zusätzlichen 1,0 Stelle beim Pflegekinderdienst wurde mehrheitlich beschlossen. Eine 0,5 Stelle ist hierfür bereits im Stellenplanentwurf 2014 vorgesehen.

Der Jugendhilfeausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss / Kreistag einstimmig die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2014 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2013 bis 2017.

5. Ausschuss für Umwelt und Technik am 11.11.2013

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat die in seiner Zuständigkeit liegenden Produktgruppen des Ergebnis- und Finanzhaushalts beraten.

Der gemeinsame Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und Bündis 90/Die Grünen auf Bereitstellung von 320.000 € zur Senkung des Eigenanteils der Eltern beim Scool-Abo fand keine Mehrheit. Dem Antrag der Gruppe DIE LINKE auf getrennte Abstimmung der Investitionskosten für Stuttgart 21 konnte nicht nachgekommen werden, da der Landkreis gesetzlich verpflichtet ist, die Umlage zu bezahlen. Die Frage der Einführung einer Bonuskarte, die von der Gruppe DIE LINKE in Form eines Antrags aufgeworfen wurde, soll auf Anregung aus dem Gremium im VVS Aufsichtsrat gestellt werden. Die Mittel für das Klimaschutzkonzept von

84.000 € bleiben vorläufig in der Deckungsreserve, solange noch keine Förderzusage der Nationalen Klimaschutzagentur vorliegt. Über die Weitergewährung der Förderung des Rettungsdienstwesens mit jährlich 128.000 € hat sich der AUT positiv geäußert und war damit einverstanden, dass dem Verwaltungsausschuss eine Vorlage zur Entscheidung über die Förderung vorgelegt wird. Es wurde außerdem noch bekannt gegeben, dass der Zweckverband Strohgäubahn eine um 108.000 € geringere Betriebskostenumlage benötigt.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfahl dem Verwaltungsausschuss / Kreistag einstimmig die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2014 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2013 bis 2017.

6. Sozialausschuss am 15.11.2013

Der Sozialausschuss hat die ihn betreffenden Produktgruppen des Haushaltsplanentwurfs behandelt. Dabei wurden die vorliegenden Anträge erörtert.

Der Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur wurden hinsichtlich einer zusätzlichen 0,5 Stelle im Zeitvertrag für 2 Jahre für die Pflegestützpunkte (35.000 €) und einer Investitionskostenförderung als Anschubfinanzierung für den Aufbau von Wohn- und Pflegewohngemeinschaften (100.000 €) vom Sozialausschuss einstimmig befürwortet. Ein Vermittlungspool für eine Kurzzeitpflegevermittlung (50.000 €) sowie eine zusätzliche 0,5 Stelle für den Vermittlungspool (25.000 €) wurde zurückgestellt, bis eine Untersuchung des Bedarfs bei der Kurzzeitpflege erfolgt ist. Die Mittel sollen in der Deckungsreserve verbleiben. Der Antrag des Vereins Frauen für Frauen auf Erhöhung des Landkreiszuschusses für die Anlaufstelle Essstörungen von 22.400 € auf künftig 30.000 € fand ebenso Zustimmung wie die Bereitstellung von 15.000 € für den Brandschutz bei den Kleeblatt-Pflegeheimen.

Der Sozialausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss / Kreistag einstimmig die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2014 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2013 bis 2017.

7. Kultur- und Schulausschuss am 22.11.2013

Im Schul- und Kulturausschuss ist noch über einen Antrag der Beratungsstelle Frau und Beruf auf eine Zuschusserhöhung von 31.400 € auf 41.225 € zu beraten.

Das Beratungsergebnis des Kultur- und Schulausschusses wird in der Sitzung bekannt gegeben.

8. Verwaltungsausschuss am 25.11.2013, Zweite Lesung

Änderungen des Haushaltsplanentwurfs 2014, die sich auf Grund der Haushaltsplanberatungen der Fachausschüsse ergeben haben und sich ggf. noch ergeben werden, wurden in die Änderungsliste (Anlage 1) aufgenommen.

Der Verwaltungsausschuss hat im Einzelnen noch über folgende Ausschussempfehlungen zu beraten und eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben. Die Kosten der jeweiligen Maßnahme stellen sich wie folgt dar:

- 8.1 Jugendhilfe Hochdorf, Fachstelle Stellwerk, Erhöhung des Zuschusses auf max. 33.000 € jeweils für drei Jahre (JHA 06.11.2013).
- 8.2 Kreisdiakonie, Projekt Wellcome: Neben der bisherigen Weiterleitung des Bundeszuschusses (ca. 16.000 €) Gewährung eines weiteren Zuschusses 2014 von 7.355 € (JHA 06.11.2013).
- 8.3 Erhöhung des Zuschusses für pro familia um 16.000 Euro (JHA 06.11.2013).
- 8.4 Harmonisierung der Kostenbeiträge in der Kindertagespflege 170.000 Euro (JHA 06.11.2013).
- 8.5 Weitere 0,5 Stelle beim Pflegekinderdienst 27.000 € (JHA 06.11.2013).
- 8.6 Verbesserung der Pflegeinfrastruktur 135.000 € (SoA 15.11.2013)
- 8.7 Antrag Frauen für Frauen, Projekt Essstörungen, 30.000 € (SoA 15.11.2013)
- 8.8 Beteiligung an den Brandschutzkosten der Kleeblattpflegeheime gGmbH, 15.000 € (SoA 15.11.2013)
- 8.9 Beratungsstelle Frau und Beruf 9.825 € (vorbehaltlich Beschluss KuSA 22.11.2013)
- 8.10 Rettungsdienstorganisationen 128.000 € (vorbehaltlich Beschluss VA 25.11.2013)

Aus den Ziffern 8.1 bis 8.10 ergibt sich für 2014 ein zusätzlicher Mittelbedarf von 571.180 €, der aus der Deckungsreserve finanziert werden kann.

9. Wesentliche Änderungen seit Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2014

Neben den unter Ziffer 8. aufgeführten Änderungen sind Anpassungen im Ergebnishaushalt auf Grund der am 18.10.2013 beschlossenen Abfallwirtschaftssatzung 2014 erforderlich. Die Gebühreneinnahmen sinken und die Entnahme aus der Gebührenüberschussrückstellung steigt um jeweils rund 0,5 Mio. €. Weiter reduziert sich die Betriebskostenumlage 2014 gemäß des Wirtschaftsplans des Zweckverbandes Strohgäubahn für den Landkreis um 108.000 €. Die Zinsumlage für die Kliniken gGmbH reduziert sich 2014 nach dem vorliegenden Unternehmensplan um 192.400 €. Durch die Reduzierung der Tilgungsumlage um 240.300 € fallen im Ergebnishaushalt in gleicher Höhe geringere Abschreibungen an. Aus der Novembersteuerschätzung ergibt sich nach Mitteilung des Landkreistags keine Änderung für den Haushalt 2014.

Im Finanzhaushalt wirken sich, wenn der VA in seiner heutigen Sitzung entsprechend beschließt, neben den zahlungswirksamen Aufwendungen des Ergebnishaushalts noch Auszahlungen für eine Planungsrate von 150.000 € für die Erhaltung des Backsteingebäudes Fried-

richstraße 71 sowie die vom SoA empfohlenen 100.000 € für die Pflegewohngemeinschaften und die 128.000 € Zuschüsse für das Rettungsdienstwesen erhöhend aus. Dagegen verringern sich die Investitionsauszahlungen auf Grund der geringeren Tilgungsumlage der Kliniken nach dem vorliegenden Unternehmensplan um 240.300 €.

Das veranschlagte Gesamtergebnis im Ergebnishaushalt erhöht sich von 2.348.863 € auf 3.196.463 €. Das Finanzierungsmitteldefizit im Finanzhaushalt erhöht sich um 16.900 € auf 17.379.570 €.

Nach der zusammengefassten Beratung des Haushaltsplanentwurfs - Zweite Lesung - am 25.11.2013 empfiehlt der Verwaltungsausschuss dem Kreistag,

- den Entwurf des Haushaltsplans 2014 auf Grund der Vorlage KT 28/2013 unter Berücksichtigung der Veränderungen nach Anlage 1 (Änderungsliste) und die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 nach Anlage 2 zu beschließen,
- die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2013 bis 2017 zu beschließen,
- Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2014 der Kliniken gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 33.950.000 € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 6.500.000 € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 40 Mio. € zu übernehmen,
- Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2014 der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 13.900.000 € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 400.000 € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 4 Mio. € zu übernehmen.